

Sicht der Patienten unerwünscht

GESUNDHEIT Patientenschützer sind empört: Gemäss Gesetzesentwurf hätten sie bei der Kontrolle von Ärzten nichts mehr zu sagen.

Es ist eines der politischen Geschäfte, um das seit Jahren klandestin gerungen, lobbyiert und intrigiert wird. Es geht um einen Milliardenmarkt: Der Bundesrat möchte die Ärzte besser beaufsichtigen, weil zu viel Prämiengeld in Behandlungen mit ungenügenden Ergebnissen fliesse. «Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit» lautet der Titel der Vorlage, die in der Ärzteschaft zunächst viel Argwohn ausgelöst hat. Jetzt aber ist es auf einmal die Gegenseite, die sich besorgt zeigt. Die Verlierer des Modells, das morgen in der ständerätlichen Sozial- und Gesundheitskommission (SGK) diskutiert wird, wären nämlich die Patientenschutzverbände.

Vorgaben durchsetzen

Vorgesehen war eigentlich, dass die Patientenvertreter gemeinsam mit Kantonen, Ärzten, Krankenkassen und Experten die Qualitätsvorgaben im Gesundheitsmarkt durchsetzen. Der Nationalrat beschloss hierzu 2018 die Schaffung einer Art Behörde, einer «Eidgenössischen Qualitätskommission», in der alle Akteure dabei sind. Die SGK des Ständerats jedoch will stattdessen eine private «Gemeinsame Organisation» zur Qualitätshüterin ernennen – unter Beteiligung von Kantonen, Ärzteschaft und Versicherern, aber ohne die Versicherten.

«Ein Affront»

Die Stiftung für Patientenschutz reagiert empört. «Wenn wir aus der Qualitätskontrolle ausgeschlossen werden, ist das ein Affront», sagt Stiftungsratspräsidentin Susanne Hochuli. Es seien schliesslich die Versicherten mit ihren Prämiegeldern, die das Gesundheitswesen zur Hauptsache finanzierten. Die Interessen der Patienten müssten eingebracht werden können, wenn es um Qualitätsvorgaben an die Ärzte gehe.

SGK-Präsident Joachim Eder (FDP, ZG) dagegen verteidigt das geplante Modell. Der Ausschluss der Patientenschützer sei zwar noch nicht definitiv entschieden. Eder gibt aber zu bedenken, dass die geplante «Gemeinsame Organisation» von ihren Mitgliedern zu finanzieren sei – mit mehreren Millionen Franken. In diese Finanzierung habe man die Patientenvertreter nicht einbinden wollen.

Die «Gemeinsame Organisation» ist indes auch grundsätzlich umstritten. Kraftlos gegenüber den Ärzten wäre sie, fürchtet der Krankenkassenverband Santé-suisse. Den letztjährigen Entscheid des Nationalrats für eine starke Qualitätskommission mit Behördenkompetenzen bezeichnet Santé-suisse-Direktorin Verena Nold als «wegweisend». «Bedauerlich» fände es Nold, «wenn der Vorlage jetzt mit unwirksamen Strukturen die Zähne gezogen würden».

Entspricht FMH-Forderungen

Beim Ärzteverband FMH war gestern keine Stellungnahme erhältlich. Das ständerätliche Konstrukt entspricht aber dokumentierten FMH-Forderungen. Der Verband verfügt über gute Drähte in den Ständerat – auch zu SGK-Chef Eder, der in einem FMH-Beratergremium sitzt.

Fabian Renz

Pierre Maudet muss weiterzittern

AFFÄRE Viele Freisinnige sind konsterniert über das Genfer Vertrauensvotum für Pierre Maudet. Manche suchen nach Wegen, den Skandalpolitiker doch noch loszuwerden.

Am späten Dienstagabend erschütterte ein Genfer Ereignis die Schweizer Politlandschaft. Die Basis der Genfer FDP sprach dem angeschlagenen Staatsrat Pierre Maudet nach heftiger Debatte das Vertrauen aus. Trotz der Luxusreise nach Abu Dhabi, die er sich spendieren liess. Trotz des Systems von schwarzen Kassen, das Maudet zur Finanzierung seiner Wahlkämpfe betrieben hatte.

Gestern herrschte bei FDP-Bundespolitikern Ratlosigkeit und Konsternation. Exempla-

In Genf arbeiten linke und rechte Kantonsräte mit Hochdruck daran, ein Amtsenthebungsverfahren einzuführen.

risch dafür ist das Verhalten von Parteipräsidentin Petra Gössi. Sie hatte Maudet im November öffentlich scharf kritisiert und zum Rücktritt aufgefordert. Gestern mied sie direkte Kontakte mit Journalisten. Schriftlich teilte sie mit, der Dienstagabend habe vor allem gezeigt, dass Pierre Maudet die FDP Genf spalte und ihr so schade. Sie halte an ihrer Rücktrittsforderung fest, so Gössi. «Das Verhalten von Maudet widerspricht den Werten der FDP und gefährdet unsere jahrelange Arbeit.» Allerdings: Damit ist die Sache für Gössi erledigt. Es stünden zurzeit keine weiteren Massnahmen zur Debatte, so die FDP-Präsidentin.

Caroni plant «Lex Maudet»

Auch der Berner Nationalrat und FDP-Vizepräsident Christian Wasserfallen plädiert dafür, die Causa Maudet jetzt ruhen zu lassen: «Wir sind eine föderalistische Partei. Der Entscheid der Genfer Sektion ist zu akzeptieren, auch wenn ich ihn bedaure.» Er rechnet mit Konsequenzen für die FDP Genf bei den Wahlen im Oktober. Zugleich hoffe er, dass Maudet endlich an eine Zukunft zu denken beginne und «nicht bis zum bitteren Ende weitergeht». Ursache für die grosse Zurückhaltung vieler FDP-Politiker: Die nationale Partei hat sehr begrenzte Mittel, um bei kantonalen Angelegenheiten einzugreifen. So kann die FDP Schweiz einzelne Mitglieder nicht aus der Partei ausschliessen. Zumindest bis jetzt.

Ständerat und FDP-Vizepräsident Andrea Caroni will dies nun ändern. «Wir müssen die Möglichkeit schaffen, ein Mitglied der FDP Schweiz auszuschliessen, wenn es die Interessen der nationalen Partei schwer schädigt», sagt er. Die Vorarbeiten für diese Reform seien bereits im Gang. «Wir werden eine entsprechende Statutenänderung beantragen.» Wahrscheinlich können die FDP-Delegierten bereits an der nächsten Delegiertenversammlung über den Antrag befinden. Für Caroni spricht nichts dagegen, diese Bestimmung «schon bei der nächsten Gelegenheit in die Statuten einzubauen».

Damit wäre der Weg frei für ein Parteiausschlussverfahren gegen Pierre Maudet. Es beträfe allerdings nur seine Mitgliedschaft



Die Mehrheit der Genfer FDP-Parteibasis sprach Pierre Maudet gestern Abend das Vertrauen aus – er bleibt vorerst im Amt.

Foto: Olivier Vogelsang

BESCHWERDE

Maudet will nun «seine» Staatsanwälte loswerden

Maudet lehne die gegen ihn wegen Vorteilsannahme ermittelnden Staatsanwälte ab.

Die Vertrauensabstimmung in der Genfer FDP gewann Pierre Maudet hauchdünn. Er punkte bei seinen Anhänger mitunter mit dem Argument, die Justiz gehe unfair mit ihm um. Das war am Dienstagabend. Gestern ging es dem als Staatsrat entmachteten Maudet so gleich darum, daraus grösstmöglichstes Kapital zu schlagen. Sein Anwalt Grégoire Mangeat gab bekannt, Maudet lehne die gegen ihn wegen Vorteilsannahme ermittelnden Staatsanwälte ab. Sein Klient verdächtige die Ermittler, der Kantonsregierung am 9. Januar Auszüge aus dem Protokoll einer Anhörung übermittelt und damit eine Amtsgeheimnisverletzung zu haben. Das Protokoll bekam auch die Zeitung «Le

Temps». Diese enthüllte, Maudet habe gegenüber den Staatsanwälten im laufenden Strafverfahren eingeräumt, seine Lügen nach Bekanntwerden der Luxusreise nach Abu Dhabi sei «dem Amt und der Funktion eines Staatsrats unwürdig».

Bislang gibt es keinerlei Hinweise, dass einer der fallführenden Staatsanwälte eine Amtsgeheimnisverletzung beging. Anwalt Mangeat moniert dennoch eine «völlig inakzeptable institutionelle Gewalt». Bei seinem Antrag stützt er sich auf ein Rechtsgutachten von Marc Thommen, Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Thommens Gutachten will Mangeat aber nicht vorlegen, weil dieses Teil des Beschwerdedossiers sei, mit dem man die Ablehnung der Staatsanwälte fordere. «Ich will nicht unbe-

dingt das tun, was ich der Staatsanwalt vorwerfe», argumentiert Mangeat.

Die Beschwerde wirkt so, als wolle Maudet die Strafunter-suchung verzögern und bei der Justiz ein personales Machtvakuum schaffen. Dasselbe ist ihm in seiner Partei bereits gelungen. Die Parteileitung der FDP Genf hatte Pierre Maudet zum Rücktritt aufgefordert und unterlag mit dieser Forderung an der ausserordentlichen Generalversammlung vom Dienstag. Präsident Alexandre de Senarclens wird darum im März zurücktreten. De Senarclens' ebenfalls unterlegene Vorstandsmitglieder gehen davon aus, dass Maudet darauf hinarbeitet, einen Vertrauten als Parteipräsidenten zu installieren. In einem Interview sagte Maudet gestern im Westschweizer Radio selbstbewusst: Die gewonnene Vertrauensab-

bei der FDP Schweiz, der FDP Genfkönnte er weiter angehören. Für Caroni wird mit dieser Bestimmung jedoch eine grundsätzliche Lücke der Statuten geschlossen: «Wir brauchen dieses Instrument unabhängig vom Fall Maudet.»

Pierre Maudets Stellung ist trotz des gestrigen Sieges bei seiner Parteibasis auch in Genf akut bedroht. Kantonsräte der Rechten und Linken arbeiten mit Hochdruck daran, ein Amtsenthebungsverfahren einzuführen. Im Kantonsrat wurden erste Vorschläge bereits eingereicht. Als Vorlage dient das Neuenburger Amtsenthebungsverfahren, das der Kanton nach der Affäre um FDP-Staatsrat Frédéric Hainard einführt. In Neuenburg gilt heute: Drei Viertel der Grossratsmitglieder müssen für die Absetzung eines Regierungsmitglieds votieren.

Amt weg, Rente weg?

Der Genfer Grossrat Daniel Sormani (Mouvement Citoyens Genevois) will für seinen Kanton eine lockerere Lösung. Er fordert, dass zwei Drittel aller Stimmen ausreichen sollen. Pierre Bayenet (Ensemble à Gauche) schlägt eine Verfassungsänderung vor, gemäss der mindestens 30 Kantonsräte einen Antrag für die Absetzung eines Regierungsrats stellen müssen und dem schliesslich wenigstens drei Viertel aller Parlamentsmitglieder zustimmen müssen. Doch Bayenet verlangt für die fünf Jahre dauernde Legislatur die Einschränkung, dass im ersten Jahr nach der Wahl sowie ein Jahr vor einem Wahltermin eine Absetzung nicht möglich ist.

Der langjährige Grossrat Roger Deneys (SP) sagt, im Fall Maudet müsse nun rasch gehandelt werden. Er befürchtet, dass die parlamentarischen Verfahren zu lange gehen und setzt darum auf Volksinitiativen. Gestern Abend hat er seine Pläne in einer Sitzung diverser Politikern vorgestellt. Deneys plant, gleichzeitig zwei Volksinitiativen zu lancieren: In einer Verfassungsinitiative verlangt er, die Möglichkeit der Amtsenthebung zu schaffen. Mit einer Gesetzesinitiative will er zudem erreichen, dass einem Regierungsrat bei schweren Verfehlungen gar die lebenslange Rente aberkannt werden kann.

Christoph Lenz
Philippe Reichen

stimmung sei ein «ziemlicher Erfolg». Jedenfalls sei «die Elite der Partei desavouiert worden.» Die Parteileitung habe sich im Umgang mit ihm eben «zu viele Richtungsänderungen» erlaubt. Die gewonnene Vertrauensabstimmung müsse der Vorstand man als «Missbilligung» verstehen. Zum Votum der FDP-Parteibasis äusserte sich die Genfer Kantonsregierung gestern nicht direkt. Sie teilte lediglich mit, die «Diskussionen über Organisationsmassnahmen» würden weiter geführt. Entschieden hat das Gremium, dass der als Sicherheitsdirektor entmachtete Maudet diese Charge nicht mehr zurückerhält. Auch das Amt als Regierungspräsident bleibt ihm entzogen. Die Regierung dürfte Maudet in den kommenden Tagen weiter ent-machen. Philippe Reichen